

Änderungsantrag

des Abgeordneten Burgmann und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2309, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Als Teil eines Entmilitarisierungsprogramms wird in Kapitel 09 02 folgender neuer Titel eingestellt:

„Titel 892 07 Rüstungskonversion 28 000 000 DM

Erläuterung:

Die veranschlagten Mittel werden als Projektförderung verausgabt.

- Förderung der Entwicklung der Marktfähigkeit einer bei der Krupp Maschinenbau AG Kiel entwickelten Anlage für Abwärmenutzung 5 000 000 DM
- Förderung der Marktfähigkeit eines Niederflureisenbahnwagens, mit dessen Hilfe ein beachtlicher Teil des Verkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden kann (ebenefalls bei Krupp Maschinenbau AG) 5 000 000 DM
- Förderung der Entwicklung eines Insulindosiergerätes bei den Vereinigten flugtechnischen Werken 5 000 000 DM
- Förderung der Entwicklung von Entsalzungsanlagen für Trockengebiete bei Blohm und Voss 5 000 000 DM
- Förderung eines Projekts zur Stromerzeugung durch Windkraft auf verankerten Schiffen bei Blohm und Voss 5 000 000 DM
- Als institutionelle Förderung:
Zuschuß an die Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ bei Blohm und Voss/Hamburg, Krupp Maschinenbau AG/Kiel und Vereinigte flugtechnische Werke/Bremen je 1 000 000 DM“

Bonn, den 26. November 1984

Burgmann
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

1. Eine treibende Kraft für die Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik der Bundesregierung ist die bundesdeutsche Rüstungsindustrie. Hinter vielen neuen Waffenprojekten steht nichts anderes als die Sorge um den Erhalt und die angemessene Auslastung dieser Rüstungskapazitäten. Um diese Kraft zu verringern bzw. zu beseitigen, ist ein Ab- und Umbau der Rüstungsindustrie erforderlich.
2. In der Rüstungsindustrie sind hochentwickelte Produktionsanlagen vorhanden und eine Vielzahl von hochqualifizierten Arbeitskräften beschäftigt. Um bei Abrüstungsvorschlägen (v. a. der Ablehnung von Beschaffungen) diese Produktionsanlagen nicht einfach zu verschrotten und die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich zu erhöhen, ist es nötig, konkrete Projekte zu fördern, bei denen mit möglichst wenig Zusatzaufwand durch die Umstellung der vorhandenen Produktionsanlagen nützliche Produkte hergestellt werden können.